Artikel vom 08.12.2022

EU plant Einschränkungen bei Bargeldzahlungen

Füracker: Bargeld-Obergrenze schränkt Freiheit der Menschen ein!

„Die EU plant die Einführung einer Obergrenze für Bargeldzahlungen – dies lehnen wir entschieden ab. Bargeld ist geprägte Freiheit: Es ist schnell, direkt und greifbar, schützt die Privatsphäre und ist unabhängig von technischer Infrastruktur! Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen weiter die Wahlfreiheit haben, wie sie bezahlen möchten", fordert Finanzminister Albert Füracker zur Einigung der EU-Staaten auf eine europaweit verpflichtende Bargeld-Obergrenze von 10.000 Euro. „Die Regelungswut der EU nimmt immer absurdere Züge an – jetzt will sie auch noch vorschreiben, wie die Menschen bezahlen dürfen. Eine Bargeld-Obergrenze ist vermutlich nur der erste Schritt und damit der Einstieg in eine schleichende Abschaffung des Bargelds. Vor allem für Privatpersonen werden sich dabei künftig Schwierigkeiten ergeben, wie zum Beispiel beim sicheren Abwickeln eines privaten Gebrauchtwagenverkaufs!", so Minister Füracker weiter: „Es steht außer Frage: Der Staat muss zielgerichtet gegen Geldwäsche vorgehen. Die bestehenden Instrumente nach dem Geldwäschegesetz müssen entschieden durchgesetzt und die Kooperation der Ermittlungsbehörden weiter intensiviert werden. Digitales Bezahlen verhindert aber nicht zwingend oder automatisch kriminelles Handeln. Gerade die zunehmende Cyberkriminalität zeigt, wie vielfältig die Möglichkeiten für kriminelles Handeln gänzlich ohne Bargeld sind."